

Berlin investiert 3,5 Milliarden Euro in Sanierungen - aber keine neuen Wohnungen!

Berlin investiert 3,5 Milliarden Euro in energetische Sanierungen, während der Neubau von Wohnungen in der Wohnungsnot vernachlässigt wird.



Berlin, Deutschland - In Berlin stehen die landeseigenen Wohnungsunternehmen vor enormen Herausforderungen, während die Wohnungsnot weiterhin drängend bleibt. Über die nächsten acht Jahre sollen mehr als 3,5 Milliarden Euro in energetische Sanierungen investiert werden, ohne dass ein Cent in den Neubau von Wohnungen fließen wird. So berichtet **Freilich Magazin**, dass die Investitionen vorrangig der CO2-Senkung dienen sollen, was angesichts der angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt Fragen aufwirft.

Über ein Drittel der Gesamtsumme wird in die Gewobag fließen,

die viele ineffiziente Gebäude besitzt. Der Gebäudesektor gilt als einer der größten Verursacher von CO₂-Emissionen, insbesondere durch ineffiziente Wärmeversorgung. Ziel ist es, den CO₂-Ausstoß pro Quadratmeter bis 2033 um mehr als 30 Prozent zu senken. Berlinovo plant, ihre Emissionen auf 10,5 Kilogramm CO₂ pro Quadratmeter zu halbieren, während Gewobag eine Reduzierung von 25,5 auf unter 20 Kilogramm anstrebt.

Kritik an den Sanierungsplänen

Die Kritik kommt insbesondere von der AfD, die die Finanzierung durch Kreditaufnahme als riskant bewertet und vor einer wirtschaftlichen Überlastung der Unternehmen warnt. Mieter sind ebenfalls betroffen, da sie durch steigende Kosten für die Modernisierungen zusätzlichen finanziellen Druck erfahren könnten. Die Senatsverwaltung räumt ein, dass die angestrebte „Warmmietenneutralität“ in der Praxis schwer umsetzbar ist. Laut einer Kooperationsvereinbarung dürfen Modernisierungskosten maximal zwei Euro pro Quadratmeter und Monat über sechs Jahre auf die Mieter umgelegt werden.

Die politische Diskussion wird durch den Umstand kompliziert, dass die schwarz-rote Koalition unter Kai Wegner (CDU) ursprünglich eine Finanzierung über ein fünf Milliarden Euro schweres Sondervermögen für den Klimaschutz plant, was jedoch an rechtlichen Hindernissen scheiterte. Eine alternative Finanzierungslösung bleibt in Anbetracht der angespannten Haushaltslage absehbar.

Wohnungsnot in Deutschland

Die Situation in Berlin ist Teil eines landesweiten Problems. In deutschen Großstädten fehlen rund 1,9 Millionen günstige Wohnungen. Besonders betroffen sind Einpersonenhaushalte und größere Familien. In Berlin, Hamburg und Köln sind die Wohnungsengpässe am stärksten ausgeprägt. Das Bauziel der Ampel-Regierung, jährlich 400.000 neue Wohnungen zu

schaffen, wurde bislang nicht erreicht, was die kritische Lage weiter verschärft. Schätzungen zeigen, dass die Zahl der neu fertiggestellten Wohneinheiten in den kommenden Jahren dramatisch zurückgehen könnte, was den historischen Tiefstand von 2009 beinahe erreichen könnte, so **Boeckler Stiftung**.

Die hohen Mieten belasten viele Haushalte: Vier von zehn Großstadthaushalten leiden unter einer problematisch hohen Mietbelastung, und fast 13 Prozent der Mieterhaushalte haben nach Zahlung der Miete weniger als das Existenzminimum zur Verfügung. Forderungen nach einem bundesweiten Mietenstopp sind in diesem Zusammenhang laut geworden. Der soziale Wohnungsbau in Deutschland hat seit den 1980er-Jahren stark abgenommen, und es wird diskutiert, die Gemeinnützigkeit gemeinnütziger Wohnungsunternehmen wieder einzuführen, um der dramatischen Wohnungsnot entgegenzuwirken.

Die Herausforderungen für die Stadtplaner und die Politik sind enorm. Während die CO2-Reduktion dringend notwendig ist, stehen die Interessen aller Bürger auf dem Spiel – insbesondere die derjenigen, die dringend eine Wohnung suchen.

Details	
Ort	Berlin, Deutschland
Quellen	• www.freilich-magazin.com • www.boeckler.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de